

Datum: 11. April 2013

Bitburg: Stadt will in Flugplatz GmbH weiter mitreden

Überraschung im Stadtrat: Obwohl die meisten Fraktionen mit der Fliegerei in Bitburg am liebsten ganz Schluss machen würden, ist die Mehrheit dafür, weiter in der Flugplatz GmbH zu bleiben.

In der jüngsten Stadtratssitzung galt es darüber abzustimmen, ob die Stadt Bitburg dem Beispiel des Eifelkreises folgt und ihre Anteile von rund 16 Prozent zum Verkauf ausschreibt. Doch anders als im Kreistag, wo der Verkauf mit großer Mehrheit beschlossen wurde, gab es dafür im Stadtrat keine Mehrheit. Lediglich die acht CDU-Mitglieder sowie eine Vertreterin der FDP votierten für einen Verkauf. Ihr Argument: „Wir wollen nicht länger die Hobbyfliegerei einiger weniger mitfinanzieren“, sagte Peter Wagner (CDU).

Tatsächlich musste die Stadt Bitburg allein 2012 rund 30.000 Euro zum Verlustausgleich der GmbH beisteuern. Seit dem Einstieg der Stadt in die Gesellschaft 2008 hat Bitburg bereits mehr als 100.000 Euro gezahlt, um die Verluste der GmbH auszugleichen.

Doch die Mehrheit des Rats – die Fraktionen von Grünen, SPD, FBL und Liste Streit – lehnten mit zusammen 18 Stimmen einen Verkauf ab. Ihr Wunsch ist es, weiter das Heft in der Hand zu halten, in der GmbH mitreden zu können und die Gesellschaft von innen heraus zu verändern. Ziel ist es, jeglichen Flugbetrieb zu verhindern. „Ohne Fliegerei können wir aus dem Gelände von 190 Hektar wirklich was machen“, sagte Johannes Roß-Klein (Grüne).

Die Fluggegner, die dennoch für einen Verbleib in der Flugplatz GmbH gestimmt haben, bauen darauf, dass die Stadt ihren Einfluss in der Gesellschaft sogar noch vergrößert – und etwa die Anteile von rund 38 Prozent des Eifelkreises erwirbt. Doch ein entsprechender Beschluss, auch die Anteile des Eifelkreises zu kaufen, wurde nicht gefasst, obgleich das in der Sitzungsvorlage als Alternative zum Verkauf angedacht war.

Über die Hintergründe lässt sich nur spekulieren. Dem öffentlichen Teil der Ratssitzung ging eine längere Beratung hinter verschlossenen Türen voran, bei der die Ratsmitglieder Gelegenheit hatten, zwei Fachanwälten Fragen zu den rechtlichen Details zu stellen. Die Rechtslage ist kompliziert. Denn so einfach lässt sich in einer Gesellschaft, die als das Geschäftsziel den Betrieb eines Verkehrslandeplatzes hat, nicht einfach eine Abkehr von diesem Ziel umsetzen. Dafür bräuchte es einen Beschluss der Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von 75 Prozent, die die Stadt weder mit 16 Prozent der Anteile hat, noch mit 54 Prozent, wenn sie denn die Anteile des Eifelkreises kaufen würde. Problematisch scheint zu sein, dass noch unklar ist, ob der Entzug der Anteile des Luxemburger Projektentwicklers Frank Lamparski rechtskräftig ist. Doch über alle Fragen, die damit zusammenhängen, wird nur nichtöffentlich gesprochen.

Im Ergebnis haben nun mit Grünen und SPD vorneweg genau jene Fraktionen gegen einen Verkauf der Anteile gestimmt, die 2008 gegen einen Einstieg der Stadt in die GmbH waren.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten